

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Rentenpolitikwatch anlässlich der Bundestagswahl 2017



Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise. Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf Hiernach wird klar, dass die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Das heutige Rentenniveau sollte nicht weiter fallen, Rentenniveau und Beitragssatz müssen aber in einem angemessenen Verhältnis bleiben müssen, damit auch die junge Generation weiter in die Rentenversicherung vertraut. Wir schlagen ein Bündel von Maßnahmen vor, dass sich sowohl günstig auf den Beitragssatz wie auch das Rentenniveau und Versorgung im Alter auswirken würde. Unser Parteitagbeschluss 2016 dazu: https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Das Menschen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können, ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Fair bezahlte und gute Beschäftigung erleichtert auch die Vorsorge für das Alter. Besonders Frauen, Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen wollen wir so absichern, dass sie im Alter gut leben können. Ihnen einen besseren Zugang zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen, mit einem Einkommen, das zum Leben reicht, ist für uns vordringlich. Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Zudem muss die Grundsicherung im Alter auf einen Betrag angehoben werden, der Teilhabe tatsächlich möglich macht.

Wir stellen die Anhebung der Altersgrenze nicht in Frage, wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigte den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente nach eigenen Bedürfnissen gestalten können. Wir setzen vor allen Dingen dafür ein, dass die Leistungen für jene verbessert werden, die aus gesundheitlicher Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden **müssen** (und das oft weit vor dem 60. Lebensjahr).

Eine Anhebung des Rentenniveaus allein kann nicht alle zuverlässig vor Altersarmut schützen, insbesondere nicht jene Beschäftigten, die niedrige Entgelte oder brüchige Erwerbsbiographien haben. Um diese besser zu schützen, wollen wir eine Garantierente einführen und mehr Personen in den Schutz der Sozialversicherungen einbeziehen. Der Unterschied zur Hochwertung auf 75% des Durchschnitts: Jemand, der in 30 Jahren 400 € eigenen Rentenanspruch erworben hat, könnte mit einer Hochwertung auf 75% derzeit eine Rente in Höhe von 657 € bekommen, wäre also immer noch auf Grundsicherung angewiesen. Die von uns vorgeschlagene Garantierente würde derzeit rund 900 € betragen und könnte das Existenzminimum in der Regel sichern.

Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja. Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Teilweise. Die Rentenkommission der grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente oder die Rentenangleichung einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sollen zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule entrichtet werden können, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Teilweise. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen nach sich gezogen. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.